Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Reußig. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8-fach gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., sonst 100 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 288. • Montag, den 13. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Auf dem ersten Parteitag des preußischen Zentrums in Berlin hat der Abgeordnete Cronowski die bisher amtlicherseits noch nicht bestätigte Mitteilung gemacht, daß die Franzosen auf die deutschen Milchkühe verzichten.

•

Auf Antrag des Bureaus beschloß die Völkerbundsversammlung, ihre Tagung am Sonnabend den 18. d. Mts. zu schließen.

•

Reuter meldet aus Paris: Die Amerikaner werden auch an der Konferenz in Brüssel nicht teilnehmen.

•

Echo de Paris meldet, daß die alliierten Kabinette der Tagesordnung für Brüssel und der Einberufung der Genfer Konferenz zum 8. Februar zugestimmt haben.

Die deutsche Antwort auf die Rheinlandnote.

Die Ententezensur deutscher Ministerreden abgelehnt.

Die von den Vertretern Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs am 6. d. M. der deutschen Regierung übergebene identische Note wegen der Ministerreisen in das Rheinland hat folgenden Wortlaut: Die interalliierte Oberkommission für die besetzten Rheinlande hat die von ihr vertretenen Regierungen auf die Erregung hingewiesen, die unter der Bevölkerung dieses Gebietes durch die kürzlich von den Reichsministern gehaltenen Reden entstanden ist. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich betrachten es als höchst bedauerlich, daß Mitglieder der deutschen Regierung sich bewogen gefühlt haben, im besetzten Gebiet öffentliche Erklärungen abzugeben, die geeignet sind, dort Unruhen zu erregen und die Ausführung des Vertrages von Versailles wieder zur Erörterung zu stellen. Insbesondere verwahren sie sich gegen die Aeußerungen, welche die durch den Völkerbundsrat kraft des Friedensvertrages in bezug auf Eupen und Malmedy getroffenen Entscheidungen anfechten. Die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Frankreich haben ihre Vertreter in Berlin angewiesen, die ernsteste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schweren Folgen hinzulenken, die derartige Kundgebungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen können, für welche die alliierten Behörden in dem besetzten Gebiet verantwortlich sind. Sie haben ihre Vertreter beauftragt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß

Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen

werden könnten, sofern diese hohen Staatsbeamten sich im Verlaufe solcher Bereisungen jedes Angriffes gegen den Friedensvertrag enthalten würden. Ich habe die Ehre mich dieser Mitteilung Ew. Exzellenz gegenüber zu entledigen.

In Beantwortung dieser Note

ist den Vertretern der beteiligten Mächte folgendes mitgeteilt worden: Die deutsche Regierung vermag nach den Berichten, die sie aus dem besetzten Gebiete erhalten hat, nicht zuzugeben, daß die Reisen des Reichskanzlers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt haben. Eine solche Wirkung würde auch durchaus den Eindrücken widersprechen, die die Minister auf ihrer Reise persönlich erhalten haben. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung hat die Reise vielmehr wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Beschwerden, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden verbunden sind, in eine höchste erregte vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise bemerkbar gebessert hat.

Wenn die Minister aber diese Besserung erzielen und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere Lage von der Reichsregierung voll begriffen werde,

so konnten sie nicht auf eine Würdigung des Vertrages von Versailles verzichten,

auf dessen Bestimmungen jene Lage zurückzuführen ist. Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtgemäßen Ermessen vorbehalten, ob und wann sie es aus Gründen der inneren Politik als erforderlich erachtet daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiete persönlich überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann über den Inhalt der dort abzugebenden Erklärungen auch der belgischen, englischen, französischen Regierung gegenüber im voraus keinerlei verbindliche Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programmes, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten. (Die deutsche Antwort ist würdig. Hoffentlich entspricht ihr nun auch die ganze künftige Haltung der Regierung.)

•

Einreisebeschränkungen für das Rheinland

Wie der Matin aus Mainz meldet, sind der Kommission für das Rheinland Vollmachten zur Einreisebeschränkung erteilt worden, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dienen sollen. Der Matin deutet an, daß die Vollmachten gegen deutsche Ministerreisen Anwendung finden können.

Demokratischer Parteitag.

Auf dem demokratischen Parteitag in Nürnberg, über dessen Beginn in der Sonnabend-Ausgabe des Auer Tageblattes berichtet worden ist, begrüßte der Vorsitzende Senator Dr. Petersen am Freitagnachmittag die Frauentagung und betonte die kameradschaftliche Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Politik, die in der demokratischen Partei selbstverständlich sei. Es folgten Referate von Frau Else Wex-Lüneburg: Welche Schwierigkeiten stehen der Ausbreitung demokratischer Gedanken unter den Frauen auf dem Lande entgegen? und Frau Emma Brommer-Mannheim, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über Wirtschaftspolitik und Hausfrauen. — In der

Arbeiterkammertagung

sprach Reichstagsabgeordneter Erkelenz in klaren, überzeugenden Darlegungen über Demokratie und Wirtschaft. Er beschäftigte sich mit den Vorschlägen des marxistischen Sozialismus zur Ueberwindung der sozialen Spannungen und ging besonders ein auf die Forderung der Sozialisierung. Hier legte er den Nachdruck auf die Gewinnung der Herrschaft über die Produktionsmittel, die mit der Vergesellschaftung und dem Besitz derselben oft nur in loser Verbindung stehe. Selbst verantwortliche Einzelpersönlichkeiten müßten auch in der neuen Wirtschaft bestehen bleiben. Den Arbeiterkammern sei ein weitgehendes Recht der Mitbestimmung einzuräumen. Das Arbeitsverhältnis müsse in ein modernes Rechts- und Pflichtverhältnis umgewandelt werden. Das deutsche Volk könne die Niederlage im Weltkriege und die Zerstörung seiner Wirtschaft nur auf dem Boden selbstverantwortlicher Freiheit und in der brüderlichen Gemeinschaftsgewinnung wahrhaft vaterländischen Denkens und Handelns überwinden. Freiheit und Volksbewußtsein seien deshalb die ersten und besten Grundlagen treuer Kameradschaft der demokratischen Arbeitnehmer.

Auf dem demokratischen Reichsjugendtag sprach Koch-München über den Persönlichkeitsgedanken und Denker-Hamburg über die Stellung des Reichsjugendtages in und zu der modernen Jugendbewegung. Im

Beamtenausschuß

der Deutsch-demokratischen Partei wurde nach Erledigung von Organisationsfragen noch einmal eingehend die Notlage der Beamten und das Eintreten der Demokratischen Partei für die Beamten innerhalb der Koalitionsregierung besprochen. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die demokratischen Fraktionen nichts versäumt haben, um den Beamten zu helfen. Trotzdem wurden weitere Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Beamten für notwendig gehalten. Die demokratische Reichstagsfraktion soll mit allem Nachdruck für neue, demokratisch gerichtete Beamtenvertretung und demokratisches Beamtenrecht sowie demokratische Disziplinargesetze eintreten. Die Demokratisierung der Verwaltung müsse endlich durchgeführt werden. In einer Resolution wird Gliederung der demokratischen Beamtenschaft in Ortsausschüsse, Bezirksausschüsse und einen Reichsausschuß gefordert.

•

Im festlich geschmückten großen Saale des Industrievereins in Nürnberg hatten sich schon am Sonnabend früh vor Beginn der Verhandlungen die Delegierten und Delegiertinnen zahlreich versammelt. Unter den Erschienenen sah man die Reichsminister Koch und Geßler, den preußischen Minister Oeser, den badischen Minister Hummel, den früheren sächsischen Minister Günther und Staatsrat Dr. Krüger und neben ihnen die früheren Reichs- und Staatsminister Dr. Dernburg, Schiffer, Gothein, Haussmann und Preuß, den früheren Botschafter Grafen Bernstorff und 26 männliche und weibliche Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion und viele Landtagsabgeordnete aus abgetretenen Ländern. Der Vorsitzende Dr. Petersen eröffnete die Tagung. Er hieß besonders die Vertreter aus den besetzten Gebieten aus Oberschlesien, aus Danzig, aus dem Westen, aus Schleswig-Holstein und alle Deutschen außerhalb der deutschen Grenzpfähle willkommen. Demokratisch sei, daß deutsch werden könne, was deutsch werden wolle. (Brausender Beifall.) Sanitätsrat Dr. Bloch (Beuthen) bat im Namen der Deutschen aus Oberschlesien, sich durch die Tartarennachrichten über die angebliche Unsicherheit nicht abhalten zu lassen, zur Abstimmung in die gefährdeten Gebiete zu kommen. Mit eisernen Klammern werde man Oberschlesien beim Deutschen Reiche erhalten allen Gewalten zum Trotz. Schriftsteller Zenker (Vorstandsmitglied der Deutschdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei) überbrachte unter lebhaftem Händeklatschen die Grüße der Parteidemokraten und schilderte anschaulich das Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei. Darauf wurde zum Ehrenvorsitzenden des Parteitages unter stürmischem Beifall Friedrich v. Payer, zu Vorsitzenden Dr. Petersen, Gerland, Getrud Bäumer und Staatspräsident v. Hieber gewählt. Nach Besetzung der übrigen Posten überbrachte der langjährige Chefredakteur der Danziger Zeitung, Dr. Hermann, namens der Danziger demokratischen Freunde das Bekenntnis unverbrüchlicher deutscher Treue.

Reichstagsabgeordneter Junck sprach über die Neuorganisation der Partei. Die Erfahrungen hätten gelehrt, daß eine Dezentralisation notwendig sei, indem drei oder vier Generalsekretariate für große Gebiete errichtet würden. Er berichtete weiter über die Einrichtung des demokratischen Fremdendienstes und über die zahlreichen Reichsausschüsse der Partei für Handel und Industrie, Mittelstand usw. Den Schatzbericht erstattete sein Mitschatzmeister Kalkoff. Unter gespanntester Aufmerksamkeit aller Anwesenden und häufig von Beifallskundgebungen unterbrochen, führte

Dr. Petersen

ungefähr folgendes aus: Nach den verlustreichen Reichstagswahlen haben die Ereignisse wirkungsvoll bewiesen, daß nur die Politik gemacht werden kann, die die Demokraten von vornherein vertreten haben. Dieser Erkenntnis hat sich auch die Deutsche Volkspartei bei ihrer verantwortlichen Tätigkeit in der Regierungs- und Volksvertretung nicht entziehen können. Der Nürnberger Parteitag der Deutschen Volkspartei hat aber keine nützliche Vertiefung gebracht. Die Gründung des neuen Reiches auf dem gleichen Recht aller Männer und Frauen ist nach dem Zusammenbruch die einzige Möglichkeit, zur Rechtsbildung zurückzukehren. Dieses gleiche Recht in der Form der demokratischen Republik ist aber gleichzeitig jegliches Erfordernis geschäftlicher Notwendigkeit nach dem Verlaufe des Krieges. Unter den Folgen des Krieges leiden die Volksmassen am schwersten. Nur durch harte Arbeit und weitgehende Einschränkung der Lebensbedürfnisse ist ein mühseliger Aufstieg möglich. Diese Forderung, die Gesundung von Staat und Wirtschaft, kann nur durchgesetzt werden, wenn das gleiche ausschließliche Recht aller deutschen Männer und Frauen in der demokratisch-republikanischen Staatsform unangetastet bleibt. (Rauschender minutenlanger Beifall.) An dieser Forderung muß gegenüber rechts und links unerschütterlich festgehalten werden. Es ist Hauptaufgabe der Deutsch-demokratischen Partei, in ihrer Politik nach wie vor nationalistisch und sozialistisch gerecht zu sein.

Bismarck über Wilhelm II.

Veröffentlichungen aus dem III. Bande von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Während die Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen in Deutschland durch Gerichtsbeschluß verboten ist, ist der in Rom erscheinende Tempo in der Lage, bis ins einzelne gehende Auszüge aus diesem Memoirenwerk zu veröffentlichen.

Der Herrenstandpunkt des Prinzen Wilhelm.

Im ersten Kapitel Prinz Wilhelm schildert Bismarck die Verehrung, die ihm der nachmalige Kaiser anfänglich entgegenbrachte, dann den rasch sich entwickelnden Zwiespalt, der bereits im Jahre 1887 den Prinzen veranlaßt, in einem Briefe auszusprechen, daß Bismarcks herrliches Werk, das Reich, vor dem Schöpfer selbst geschützt werden möge. Gleichzeitig rechtfertigt der Prinz sein Eintreten für den antisemitischen Pfarrer Stöcker, den Bismarck in seiner Antwort doppelt gefährlich nennt, weil er als Politiker Pfaffe und als Pfaffe Politiker sei. In einem anderen Briefe kündigt der Prinz dem Kanzler einen Erlaß an seine Kollegen, die deutschen Fürsten, an, denen er bei seiner Thronbesteigerung zur Kenntnis zu bringen wünsche, wie er sich mit ihnen beraten wolle, ehe er befehle; denn — so schreibt Wilhelm — parliert muß werden! Dieser Erlaß sollte nach Wilhelms Wunsch an sämtliche Vertretungen Preußens im Reiche geschickt und bei seiner Thronbesteigung sofort überall bekanntgegeben werden. Bismarcks lakonische Antwort lautete: Darf ich Ew. Kgl. Hoheit ergebenst bitten, den mir gütigst übersandten Entwurf unverzüglich den Flammen zu übergeben.

Der Kampf um die Arbeiterschutzgesetze.

Das zweite Kapitel Der Kronrat stellt dar, wie die sozialen Ideen des inzwischen auf den Thron gelangten Kaisers den Gegensatz zu Bismarck verschärfen. Während Bismarck nämlich bei der Ansicht beharrt, man müsse die murrenden Arbeiter zu Paaren treiben, träumt Wilhelm von einer Versöhnung der Klassen, die er durch Schutzgesetze für die Arbeiter rasch und ideal zu erzwingen hofft. Bismarck stellt die Sache so dar, als ob der Kaiser den Arbeiter — durch Bestimmungen über Stundenzahl und Ruhe — zum Feiern zu zwingen hoffe, wo er selbst arbeiten wolle. In jenem Kronrat und in den darauf folgenden Verhandlungen betont er wiederholt, mit Streiks hätten die Fabrikherren allein fertig zu werden, das ginge den Staat nichts an. Bismarck gab jedoch nach, und Wilhelms Arbeiterschutz drang durch. Die Spannungen wuchsen weiter, und tägliche